

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

c/o Ewald Wetekamp, Wassergasse 12, 78333 Stockach

E-Mail: mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Internet: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de

2. Mai 2016

Pressemitteilung

Koalitionsvertrag öffnet Türen für Verbesserungen an unseren Schulen

Der heute vorgelegte Entwurf des Koalitionsvertrages von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU in Baden-Württemberg zeigt auf den 12 Seiten, die dem Thema Bildung gewidmet sind, eine Reihe von Ansatzpunkten für Verbesserungen an den Schulen des Landes. Wenn diese Chancen in den kommenden Jahren genutzt werden, besteht die Hoffnung, dass aus der einleitenden Formulierung des Vertrages Realität werden kann:

«Gute Bildung ist das Wichtigste, was wir unseren Kindern mit auf den Weg geben können.»

Erwartungsgemäß steht der Vertragstext eine Reihe von Schritten vom Wünschenswerten entfernt. Nichtsdestoweniger gilt es, die Chancen hervorzuheben, zum Beispiel:

- Der Vertrag bekennt sich zur Vielfalt der Schularten, also zu einem differenzierten und gegliederten Schulsystem. Er spricht nicht mehr wie der Koalitionsvertrag der Vorgängerregierung davon, die Gemeinschaftsschule zum Leitstern aller Schulen machen zu wollen.
- Der Koalitionsvertrag hebt die Bedeutung grundlegender Kulturtechniken hervor und schreibt für die Grundschulen: «Durch die Erhöhung der Stundentafel in den Fächern Deutsch und Mathematik um jeweils zwei Stunden wollen wir mit Start des neuen Bildungsplans die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen stärken. Dazu gehört auch das Erlernen der Schreibrift.» In diesen grundlegenden Bereichen braucht es dringend Verbesserungen. Die heutigen Kenntnisse und Fähigkeiten in den grundlegenden Kulturtechniken sind immer öfter mangelhaft, was nicht nur eine Nichtbeherrschung der Kulturtechniken bedeutet, sondern darüber hinaus zu einem grundlegenden Nichtbegreifen von Begriffen führt.
- Den Schulen des Landes sollen mehr Freiräume gewährt werden. Dies eröffnet die Möglichkeit, an allen Schulen, auch an den Gemeinschaftsschulen, von der fragwürdigen «Neuen Lernkultur» (Vereinzelung des Kindes durch eine sogenannte Individualisierung, selbstgesteuertes Lernen ohne Klassengemeinschaft, Degradierung des Lehrers zum Lernbegleiter usw.) wegzukommen.
- Zwar bleibt die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung weiterhin aufgehoben, der Schullaufbahnberatung durch die Grundschulen soll aber eine viel größere Bedeutung als bislang zukommen. So ist zu hoffen, dass sich die Eltern mehr als in den vergangenen fünf Jahren für die für ihr Kind passende Schulart entscheiden. Zudem soll die Grundschulempfehlung künftig, anders als unter der bisherigen Regierung, der weiterführenden Schule vorgelegt werden. Das eröffnet mehr Möglichkeiten angemessener Beratung für die weitere Schullaufbahn.
- Der Koalitionsvertrag bekennt sich zum Gymnasium und seiner «Betonung der Allgemeinbildung mit dem Ziel der Studierfähigkeit». Dem werden die Gymnasien, aber auch die zu ihnen hinführenden Schulen, durch neue Anstrengungen mehr als bislang entsprechen müssen; denn in den vergangenen Jahren haben die Hochschulen zunehmend und begründet über die mangelnde Studierfähigkeit der Gymnasiasten geklagt.
Hierbei gehört vor allem auch die zu einem deutlichen Bildungsabbau führende Kompetenzorientierung der neuen Bildungspläne auf den Prüfstand. Wenn es heißt, dass

es «bei der Umsetzung auftretende fachlich erforderliche Korrekturen» geben soll, dann muss speziell hier angesetzt werden. Erfreulich ist zudem, dass es mit Blick auf die Bildungspläne heißt: «Das Instrument der Leitperspektiven werden wir auf seine Umsetzbarkeit und Praxistauglichkeit hin überprüfen.»

- Die Gemeinschaftsschulen, die bisher gezwungen sind, nach den Prinzipien der «Neuen Lernkultur» zu unterrichten, bekommen die Möglichkeit, «ab Klasse 8 die Fächer Deutsch, Mathematik, Fremdsprache und die naturwissenschaftlichen Fächer in leistungsdifferenzierten Gruppen zu unterrichten». Das heißt aber, dass auch die Gemeinschaftsschulen die Möglichkeit erhalten, zum Unterricht in einer Klassengemeinschaft mit wirklichem Lehrer überzugehen und nicht mehr nach den Einzelungs-Prinzipien der «Neuen Lernkultur» unterrichten zu müssen. Ein Wermutstropfen ist, dass hierbei keine zusätzlichen Klassen gebildet werden dürfen und deshalb insbesondere kleinere Gemeinschaftsschulen, von denen es sehr viele gibt, Schwierigkeiten haben werden, diese Möglichkeit zu nutzen.
- Der Koalitionsvertrag bekennt sich zu den beruflichen Gymnasien und verspricht: «Wir wollen ein flächendeckend gut ausgebautes Angebot an beruflichen Gymnasien. Unser Ziel ist es, dass für jeden zugangsberechtigten Jugendlichen ein Platz an einem beruflichen Gymnasium als Anschlussmöglichkeit in zumutbarer Entfernung zur Verfügung steht.» Pläne für eine gymnasiale Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule – nur maximal 10 davon soll es bis zum Ende der Legislaturperiode geben können – dürfen dem Zugang zu einem beruflichen Gymnasium nicht entgegenstehen.
- Die Realschule soll keine «Gemeinschaftsschule light» mehr werden. Nach einer gemeinsamen Orientierungsstufe in den Klassen 5 und 6 sollen die Schüler gezielt auf einen Hauptschul- oder Realschulabschluss hin unterrichtet werden. Deshalb soll an den Realschulen ab Klasse 7 «in den Fächern Deutsch, Mathematik sowie den Fremdsprachen und Naturwissenschaften die Bildung leistungsdifferenzierter Gruppen» ermöglicht werden. Es bleibt zu wünschen, dass die Realschulen in Freiheit und Selbstverantwortung diese leistungsdifferenzierten Gruppen in «leistungshomogenere» Klassengemeinschaften zusammenführen können, so dass es künftig auch an den Realschulen wieder möglich sein wird, in durchgängigen abschlussorientierten Klassengemeinschaften zu unterrichten.
- Der Koalitionsvertrag spricht davon, dass die Schülerinnen und Schüler «möglichst passgenau gefördert» werden sollen. Das ist eigentlich eine pädagogische Selbstverständlichkeit und muss nicht zur Folge haben, die fragwürdigen Methoden der «Neuen Lernkultur» anzuwenden. Es ist deshalb erfreulich, dass der Koalitionsvertrag den Begriff «Neue Lernkultur» nicht erwähnt und auch die «modischen» Begriffe der Bildungspolitik der vergangenen fünf Jahre tunlichst vermeidet. Auch das eröffnet Chancen.
- Der Koalitionsvertrag schreibt: «Die Qualität des Unterrichts hängt ganz besonders von der Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer ab. Für ihre verantwortungsvolle Aufgabe brauchen sie eine hochwertige Ausbildung, verlässliche Rahmenbedingungen und eine hohe Wertschätzung.» Es ist erfreulich, dass nicht mehr von «Lernbegleitern» die Rede ist. Die Formulierung des Vertrages gilt es künftig wieder angemessen im Sinne des Wortes auszufüllen.

Wie der Koalitionsvertrag in den kommenden fünf Jahren umgesetzt wird, welche Chancen genutzt werden, hängt nicht alleine von der Politik und von den Schulen ab. Ganz entscheidend wird es darauf ankommen, dass die Bürgerinnen und Bürger des Landes ihren Anteil zu einer besseren Schul- und Bildungspolitik beitragen.

Vor allem wird es auf die Eltern ankommen. Eltern, die auf eine bessere Bildungspolitik im Lande drängen, sind die größte Chance für bessere Schulen in unserem Land. Es ist in der Tat so: «Gute Bildung ist das Wichtigste, was wir unseren Kindern mit auf den Weg geben können.»